

Antrag

**der Abgeordneten Robert Heinemann, Hartmut Engels, Marino Freistedt,
Dittmar Lemke, Brigitta Martens, Marita Meyer-Kainer,
Egbert von Frankenberg (CDU) und Fraktion**

Betr.: Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“

Über ein Jahr lang haben neun Experten und acht Abgeordnete über Konsequenzen aus der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung beraten. Die elf Sitzungen fanden in einer außerordentlich konstruktiven Atmosphäre statt, ein Großteil der Empfehlungen erfolgte einstimmig oder zumindest ohne ein explizites Minderheiten-votum. Erstmals hat sich die Politik selber operationalisierte Ziele gesetzt, wodurch Schwerpunkte der Bildungspolitik sowie Erfolge und Misserfolge transparent werden.

Dabei wurde deutlich, dass die vom Senat eingeleitete Bildungswende bereits zahlreiche notwendige und richtige Maßnahmen beinhaltet. Hierzu zählen etwa die Einführung der Viereinhalbjährigen-Untersuchung, die Einführung einer verpflichtenden Lehrerfortbildung, die Reform der Lehrerausbildung, die Zuweisung von Sprachförderressourcen nach Sozialindizes, der Ausbau der Ganztagschulen oder die Einführung von Praxistagen an den Hauptschulen.

Weitere von der Enquete-Kommission geforderte Maßnahmen hat die Hamburgische Bürgerschaft bereits vor Abschluss der Beratungen beschlossen – wie etwa die deutliche Absenkung der Grundschul-Klassenfrequenzen in den sozialen Brennpunkten.

Darüber hinaus ist es der Enquete-Kommission gelungen, mit einer sehr breiten Mehrheit von 15 von 17 Stimmen die Einführung eines neuen Schulsystems für Hamburg zu fordern. Ab 2009 soll es nur noch Stadtteilschulen und Gymnasien geben, die in 13 bzw. zwölf Jahren bis zum Abitur führen. In regionalen Schulentwicklungskonferenzen sollen dabei für jede Region spezifische Lösungen gemeinsam mit den Betroffenen erarbeitet werden.

Mit der Umsetzung der Beschlüsse der Enquete-Kommission wird auf die Schulen und insbesondere auf die Schulleitungen in den nächsten Jahren ein erheblicher Umstellungsaufwand zukommen, der mit der vorhandenen Leitungskapazität nicht zu leisten sein wird.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die Empfehlungen der Enquete-Kommission schrittweise umzusetzen und der Bürgerschaft jährlich über den Fortschritt zu berichten,
2. mit den Vorbereitungen zur Einführung eines neuen Schulsystems aus Stadtteilschule und Gymnasium zu beginnen, eine Umsetzung zum 01.08.2009 anzustreben und die Bürgerschaft regelmäßig über den Fortschritt zu informieren,
3. bei der geplanten Einführung einer Bildungsberichterstattung sowie im Rahmen der Schulinspektion die operationalisierten bildungspolitischen Ziele der Enquete-Kommission zu berücksichtigen,
4. Maßnahmen zu entwickeln, die in geeigneter Weise sicherstellen, dass die Schulleitungen – differenziert nach Schulformen und Schulgröße – bei der Erarbeitung der notwendigen Veränderungen unterstützt werden, insbesondere im Hinblick auf die erforderliche Leitungskapazität für den Zeitraum der Umstellung, und darüber der Bürgerschaft bis zum Sommer 2007 zu berichten.